

VON JOACHIM KRAUSE

In Europa herrscht seit etwa 70 Jahren Frieden. Wir haben uns an diesen Zustand gewöhnt. Doch mittlerweile befinden wir uns wieder in einer Phase der internationalen strategischen Konkurrenz, was in der deutschen Politik kaum jemand so richtig realisieren will. Die regelbasierte internationale Ordnung franst nach und nach aus. Kriege werden wieder möglich: in und um die Ukraine, im Baltikum, im Nahen und Mittleren Osten und vor allem in Ostasien. Aber auch innerhalb Europas treten Nationalismus, Revisionismus und mittlerweile auch Antisemitismus wieder in Erscheinung. Müssen wir damit rechnen, dass der Friede in Europa zu Ende geht?

Es gibt Beispiele aus der Geschichte, in denen eine längere Friedensperiode zu Ende ging – oft langsam und für viele unmerklich, aber immer mit dem Ergebnis neuer Kriege. So gab es etwa nach dem blutigen Spanischen Erbfolgekrieg (1701-1714), nach dem Ende des Siebenjährigen Kriegs (1756-1763), nach den Napoleonischen Kriegen (1792-1815) und nach dem Ersten Weltkrieg (1914-1918) längere Friedensperioden. Die Frage ist: Kann man aus diesen Beispielen etwas für unsere Gegenwart lernen? Die Antwort lautet: im Prinzip ja; nur: Wie kann man sicher sein, dass man die richtigen Lehren zieht? Tatsächlich sind die Faktoren, die einen Frieden dauerhaft machen, in der Wissenschaft umstritten. Es gibt hier zwei Denktraditionen: zum einen die „Theorie des ewigen Friedens“, zum anderen die „realistische“ Theorie des Friedens.

Die Idee des „Ewigen Friedens“ hat erstmals Abbé Charles Castel de Saint-Pierre, ein französischer Geistlicher, im Jahr 1713 im Anschluss an den Frieden von Utrecht formuliert. Später wurde dieses Konzept durch Immanuel Kant in seiner 1796 erschienenen Schrift zum Ewigen Frieden ausformuliert. Grundüberlegung ist, dass Friede dauerhaft nur durch die Schaffung und Beachtung allgemein gültiger Regeln machbar ist und dass es einer internationalen ▶

# Wie dauerhaft ist der Friede?

**In der Geschichte sind friedlichen Perioden immer wieder große Kriege gefolgt. Die Anzeichen mehren sich, dass die Welt heute vor einem neuen gewaltsamen Kampf um die strategische Macht steht**





Der jüngste Krieg in der europäischen Geschichte findet derzeit in der Ukraine statt. Auf dem Bild aus dem Februar 2015 spielen ukrainische Soldaten nahe der Front Fußball

Organisation bedarf, in der alle zwischenstaatlichen Probleme gemeinsam diskutiert und gemeinschaftlich entschieden werden. Ewiger Friede, schrieb Kant, sei nur in einer Staatenwelt möglich, in der Republiken das Übergewicht haben. Ausgangspunkt müsse die Achtung des Verbotes des Einsatzes von Gewalt in der Außenpolitik sein sowie die Bereitschaft aller Staaten, ihre Streitigkeiten mit friedlichen Mitteln beizulegen. Bei unüberbrückbaren Positionen solle dann ein überstaatliches Organ, eine Staatenversammlung, ein Weltparlament oder ein Staatenausschuss (wie heute der UN-Sicherheitsrat) entscheiden.

Die andere Denktradition geht davon aus, dass Friede nur dann Bestand hat, wenn die großen Mächte sich darin einig sind, dass untereinander keine Gewalt eingesetzt werden soll, und wenn diese sich an die dafür ausgearbeiteten Regeln und Verfahren halten. Außerdem müssen sie die auf diese Weise konstituierte Ordnung auch mit Instrumenten politischer, militärischer und wirtschaftlicher Macht aktiv unterstützen und gegen Herausforderer bewahren. In der Regel bedarf eine derartige Übereinkunft eines katalytischen Ereignisses (meist ein großer und verlustreicher Krieg, dessen Wiederholung alle vermeiden wollen).

Vertreter der Denkschule des „ewigen Friedens“ reagieren heute mit Unverständnis auf die Verschlechterung der Weltlage. Sie kritisieren, dass die Unvernunft wieder in die Politik eingezogen ist und mahnen die Einhaltung der Regeln des Völkerrechtes an. Sie wenden sich vornehmlich an Regierungen, die – wie die Bundesregierung in Berlin – fest an dem Konzept der regelbasierten internationalen Ordnung festhalten und fordern diese zu umfassenden Initiativen auf, wobei sie oft Vorschläge institutioneller Natur vorlegen



## 1701–1714

### Spanischer Erbfolgekrieg

Nachdem Karl II. von Spanien kinderlos verstarb, wurde Philipp V. aus dem französischen Bourbonengeschlecht König von Spanien. Europas Großmächte Österreich, Großbritannien und die Niederlande hatten jedoch auf andere Kandidaten gesetzt, um ihren Einflussbereich zu erweitern. Den folgenden Krieg konnte Philipp V. für sich entscheiden. Noch heute herrschen die Bourbonen im spanischen Königshaus.

(wie zum Beispiel die Reform des Sicherheitsrates), die allerdings wenig Aussicht auf Erfolg haben. Auffällig ist, wie sehr die Argumente der heutigen Vertreter eines ewigen Friedens denjenigen ähneln, die von ihren Anhängern in den 30er Jahren des 20. Jahrhunderts aufgebracht wurden, als die Nachkriegsordnung von Versailles zerfiel. Schon damals war klar, dass Appelle an Vernunft und die Bereitschaft, Regeln einzuhalten, nicht ausreichen, wenn wesentliche Akteure der internationalen Politik einen ganz anderen Weg gehen. Die Befolgung dieser Appelle durch führende westliche Staaten – insbesondere Großbritannien und die USA – hat jedoch seinerzeit entscheidend dazu beigetragen, dass die Bedrohung des internationalen Friedens, die durch die Machtüber-

nahme der Nationalsozialisten ausging, zu spät erkannt wurde. Die notwendige militärische Gegenmachtbildung zum Dritten Reich erfolgte zu spät und trug dazu bei, dass Hitler den Großteil Europas besetzen konnte.

Hier kommt die andere Denktradition, die des „realistischen Friedens“, ins Spiel. Diese ist besser geeignet, die heutigen Entwicklungen zu erklären und auch Empfehlungen für die Politik zu geben. Auch deren Vertreter begrüßen jede Periode des Friedens und wünschen diese zu erhalten beziehungsweise zu verlängern. Nur gehen sie davon aus, dass Appelle an Vernunft und die Befolgung von Regeln nicht ausreichen, um den Frieden zu sichern. Tatsächlich müssten zwei zentrale Fundamente eines dauerhaften Friedens gegeben sein: Zum einen darf das kollektive Erinnern an die katalytischen Ereignisse vor der Begründung einer friedenssichernden Ordnung nicht bei den politisch maßgeblichen Akteuren verloren gehen. Zum anderen wird jede Ordnung nur so lange funktionieren, wie die sie tragenden Staaten die entsprechenden politischen, wirtschaftlichen und auch militärischen Machtressourcen einsetzen, um diese zu erhalten beziehungsweise gegen Herausforderer zu verteidigen – oder gegebenenfalls auch anzupassen.

Die oben aufgeführten Friedensperioden konnten tatsächlich eine gewis-

## Schon in den 1930er Jahren war klar, dass Appelle an die Vernunft nicht ausreichen, wenn wesentliche Akteure der internationalen Politik einen ganz anderen Weg gehen wollen

se Länge aufweisen, weil die führenden Mächte und die einflussreichen politischen Kräfte aufgrund früherer katalytischer Ereignisse das Bewusstsein für die Notwendigkeit von Regeln und Ordnung bewahrten. Sobald aber Vertreter einer neuen Generation von politischen Führern an die Macht kamen, die diese Regeln geringschätzten, änderte sich der Charakter der internationalen Beziehungen. Die durch den Utrechter Frieden geschaffene Ordnung eines durch Mächtegleichgewicht und gegenseitige Zurückhaltung gesicherten relativen Friedens in Europa währte nicht mal 30 Jahre – bis zu den schlesischen Kriegen (1740–1745), die der junge preußische König Friedrich II. auslöste, der von den komplizierten Abmachungen der Vergangenheit nichts hielt. Die schlesischen Kriege bereiteten den blutigen Siebenjährigen Krieg vor, der wiederum eine Ordnungsbildung einläutete, die durch einen relativ zivilisierten und friedlichen Umgang der Staaten miteinander charakterisiert war. Aber auch diese Ordnung hielt nur knapp ein Vierteljahrhundert und wurde durch die Französische Revolution und den durch sie hervorgebrachten Wandel der internationalen Beziehungen beendet.

Die durch den Wiener Kongress (1814/15) kreierte internationale Ordnung war zwar immer wackelig, hielt aber knapp 40 Jahre bis zum Krimkrieg und erfuhr nach 1870 noch eine etwa 20 Jahre währende Wiederbelebung. Sie verschwand mit dem Aufleben des Nationalismus und Großmachtstrebens gegen Ende des 19. Jahrhunderts. Zwar gab es zu dem Zeitpunkt noch Politiker, die sich für die Prinzipien der Vorsicht, des Gleichgewichts und des Ausgleichs unter Großmächten erwärmen konnten, die 1815 vereinbart worden waren. Aber die Vertreter des „neuen Denkens“ waren einflussreicher und mächtiger als die Anhänger „verstaubter Theorien“. In-

teressant ist, dass die Friedensperiode nach dem Ersten Weltkrieg die kürzeste war – obwohl der Erste Weltkrieg derjenige war, der bis dato am ehesten die Qualifizierung „katalytisch“ nahelegte.

Der Verweis auf die kurze Friedensperiode nach 1919 zeigt, wie wichtig der zweite Faktor für die Erhaltung eines Friedens ist: die Bereitschaft der mächtigsten Staaten, die zum Zwecke des Friedens geschaffene internationa-

le Ordnung dauerhaft zu unterstützen und dafür auch politische, wirtschaftliche und militärische Machtmittel einzusetzen. Die Friedensordnung der Pariser Vorortverträge (Versailles) scheiterte deshalb, weil sich die USA als die friedensstiftende Macht aus dem Völkerbund fernhielten und damit Europa und die Europäer sich selbst überließen. Die Folge war, dass jene Kräfte des Nationalismus und Sozialdarwinismus, die den



### 1756–1763

#### Siebenjähriger Krieg

In diesem Krieg ging es um das geo- und machtpolitische Gleichgewicht in Europa und um die ihm zugeordneten Kolonien. An seinem Ende war das siegreiche Preußen zur fünften europäischen Großmacht aufgestiegen. Frankreich verlor seine vorherrschende Stellung in Kontinentaleuropa und große Teile seiner Kolonialgebiete in Nordamerika und Indien an Großbritannien, das damit zum dominierenden Weltreich wurde. Der Krieg forderte etwa 550.000 Tote. Allein Preußen verlor 180.000 Soldaten.

Ersten Weltkrieg möglich gemacht hatten, wieder wirkmächtig wurden (vor allem in Deutschland) und die Katastrophe des Zweiten Weltkrieges einleiteten.

Aber auch die früheren Perioden internationaler Ordnung waren nur dann erfolgreich, wenn entweder alle Großmächte die von ihnen aufgestellten Regeln auch gegen Herausforderer verteidigten (wie 1815 der Präventiv-

# Die Friedensperiode nach dem Zweiten Weltkrieg ist die bisher längste in der uns bekannten Geschichte

krieg der vier Mächte England, Österreich, Russland und Preußen gegen Napoleon, der im Juni mit der Schlacht von Waterloo endete) oder wenn sie durch Gleichgewichtsdiplomatie oder durch eine Freihandelspolitik versuchten, die bestehende internationale Ordnung zu festigen. Das galt für die britische Poli-

tik ab der Mitte des 19. Jahrhunderts bis in die 1890er Jahre. Aber auch das Deutsche Reich unter Bismarck erfüllte diese Rolle.

Die Friedensperiode nach dem Zweiten Weltkrieg war die bisher längste in der uns bekannten Geschichte. Sie war in der realistischen Perspek-

entschlossen. Dabei haben sie vor allem die Europäer dazu angehalten, diese Ordnung in ihrem Sinne mitzugestalten.

Letzteres führte zur europäischen Integration, die nicht ohne die furchtbaren Erlebnisse zweier Weltkriege, aber auch nicht ohne die Ermutigung und tatkräftige Unterstützung seitens der USA hätte Realität werden können. Im Ergebnis kam eine auf die westliche Welt und ihren Einflussbereich begrenzte regelbasierte und kooperative internationale Ordnung heraus, die eine derart große Dynamik und Anpassungsfähigkeit an veränderte Umstände hervorgebracht hat, dass sie große Anziehungskraft in der ganzen Welt entfaltete. Sowohl das Ende des Ost-West-Konflikts, als auch die Entstehung dessen, was man heute Globalisierung nennt, sind Resultat einer gegen Ende des Zweiten Weltkriegs von den USA initiierten und durch ihre politischen, wirtschaftlichen und militärischen Ressourcen dauerhaft unterstützten Ordnungsbildung.

Heute befindet sich diese internationale Ordnung in der Krise. Dafür gibt es zwei Gründe. Zum einen verflüchtigt sich bei Europäern und Amerikanern die kollektive Erinnerung an den Zweiten Weltkrieg und die zerstörerische Natur von Nationalismus und Protektionismus. Es ist nicht nur US-Präsident Donald Trump, der als politischer Außenseiter die Logik der amerikanischen Außenpolitik seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs nicht verstehen will oder kann. Auch in ganz Europa erleben wir eine Wiederbelebung von Nationalismus – noch nicht von Protektionismus. Wir erleben, wie Großbritannien in einem von konservativen Nationalisten angezettelten kollektiven Realitätsverlust aus der Europäischen Union aussteigt und wie in Italien eine pan-populistische Koalition regiert, die nichts mehr mit den Ideen der europäischen Integration gemein hat. Wir erleben,



## 1792–1815

### Napoleonische Kriege

In den Koalitionskriegen, zu denen die Napoleonischen Kriege zählen, ging es um die Machtverteilung in Europa nach der französischen Revolution. Mit Napoleons Niederlage bei Waterloo endete der Krieg zwischen Frankreich und seinen Verbündeten auf der einen und wechselnden Koalitionen aus konkurrierenden Nationen auf der anderen Seite.

tive aus zwei Gründen so lange erfolgreich. Zum einen war der zweite Weltkrieg noch „katalytischer“ als der Erste Weltkrieg. Er hat sich tief in die kollektive Erinnerung aller Kriegsbeteiligten und der ihnen nachfolgenden Generationen eingegraben. Zum anderen haben sich die USA, anders als nach dem Ersten Weltkrieg, in Europa und Asien politisch, wirtschaftlich und militärisch engagiert. Sie haben eine weitgehend von ihnen gestiftete Ordnung umgesetzt und sich zu einem dauerhaften Engagement



## 1914–1918

### Erster Weltkrieg

Der Kriegsgrund lag in der Bereitschaft der europäischen Herrscher, die Machtverteilung neu auszukämpfen. Bündnisverpflichtungen sorgten für 40 am Krieg beteiligte Staaten mit 70 Millionen Menschen unter Waffen. Es setzte ein bis dahin beispielloses industrielles Massensterben ein auf Schlachtfeldern, die sich über vier Jahre kaum veränderten. Der Zerfall des Osmanischen Reichs und die darauf folgenden Grenzziehungen stürzten die Arabische Welt bis heute in Konflikte.

wie in fast allen mitteleuropäischen Staaten populistische, nationalistische und europakritische Parteien die Politik bestimmen und selbst in Deutschland und Frankreich rechtsnationalistische Parteien (Front national, AfD) erstarken.

Zum Zweiten sind die USA nicht nur immer weniger bereit, die Bürden der Aufrechterhaltung der internationalen Ordnung zu übernehmen. Sie sind auch immer weniger dazu in der Lage. Daran ist vor allem der Aufstieg Chinas verantwortlich, das auf dem Weg zur größten Volkswirtschaft der Welt ist und sich zunehmend als konkurrierende Weltmacht zu den USA und als Vormacht in Asien sieht. Dort wiederum sind mehrere Staaten Sicherheitsbündnisse mit den USA eingegangen. Die USA sehen die Lasten für die Sicherheitsgarantien der Verbündeten zunehmend als zu hoch an. Das gilt insbesondere für die

europäischen Verbündeten, die theoretisch in der Lage wären, sich selber zu verteidigen. Außerdem betrachten die USA die Folgen des Freihandels für ihre Wirtschaft nicht mehr durchweg positiv.

Eine Situation, in der sich die USA durch die Verantwortung für die Garantie einer internationalen Ordnung überfordert sehen, gab es schon einmal: Anfang der 1970er Jahre mussten die USA die Anbindung des US-Dollars an den Goldstandard ebenso aufgeben wie die festen Wechselkurse im Verhältnis zu den westlichen Staaten. Diese Krise fiel zusammen mit den steigenden Erdölpreisen. Damals erkannten Staatsmänner wie der französische Präsident Valérie Giscard d'Estaing und der deutsche Bundeskanzler Helmut Schmidt den Ernst der Lage und entwickelten gemeinsam mit den USA und Japan Mechanismen und Abstimmungsverfahren, mit denen die Gruppe der sieben wichtigsten Wirtschaftsnationen (G7) eine Gesamtverantwortung für die Weltwirtschaft und das internationale Finanzsystem übernahmen. Vergleichbares ist heute im Bereich der Sicherheits- und Verteidigungspolitik angebracht. Doch man wartet vergeblich auf entsprechende Initiativen aus Berlin oder Paris. Besonders Deutschland zeigt sich zögerlich, um nicht zu sagen abweisend und auch teilweise realitätsfern.

Zwar wird in der deutschen Politik viel davon geredet, strategische Handlungsfähigkeit für „Europa“ her-

zustellen. Es wird sogar von der Notwendigkeit gesprochen, eine wahrhaftige Europäische Armee zu schaffen. Doch der Zustand der Europäischen Union ist angesichts der europäischen Identitätskrise nicht von der Art, dass die dafür notwendige Verdichtung der europäischen Integration auch nur ansatzweise realistisch wäre. Viel wichtiger ist daher die Belebung der Nato als Verteidigungsallianz gegen Russland und als Partner der USA in anderen Regionen, auch in Asien. Die entsprechenden Parameter und Verpflichtungen sind vorgegeben. Die Nato-Partner haben sich zu Verstärkungen ihrer militärischen Fähigkeiten zur Abschreckung Russlands bereit erklärt – darunter auch Deutschland.

Die dafür erforderlichen Mittel dürften dazu führen, dass Deutschland einen Verteidigungsetat von jährlich weit über 60 Milliarden Euro aufweisen würde, was ungefähr zwei Prozent des Bruttoinlandsproduktes wären. Diese Zahl wird heute mit fragwürdigen Argumenten von jener Partei in Frage gestellt, aus der seinerzeit Helmut Schmidt stammte. Schmidt war in der Lage, strategische Zusammenhänge zu erkennen und Herausforderungen in ideologiefreier Weise anzunehmen. Politiker dieses Formats findet man heute nur schwer in Deutschland. Die resultierende Isolierung Deutschlands im westlichen Bündnis war beim Außenministertreffen anlässlich des 70-jährigen Bestehens der Nato im April für alle erkennbar zu spüren. Wenn die deutsche Politik so weiter macht, dann wird sie einen entscheidenden Beitrag dazu geliefert haben, dass die nach dem Zweiten Weltkrieg geschaffene und 1990 verbesserte Friedensordnung in Europa ihrem sicheren Ende entgegengeht. ■



PROF. DR. JOACHIM KRAUSE ist Direktor des Instituts für Sicherheitspolitik an der Universität Kiel.